

Das Mindestalter für Social Media ist das Mindeste



Die australische Kommunikationsministerin Michelle Rowland bei der Einführung der Online Safety Amendment Bill im House of Representatives in Canberra am 21. November 2024.

Bild: KEYSTONE/AAP Image via AP/Mick Tsikas

Als erstes Land der Welt will Australien ein Mindestalter für die Nutzung von sozialen Medien einführen: Das australische Parlament hat diese Woche ein Gesetz verabschiedet, das unter 16-Jährige von Social-Media-Plattformen fernhalten soll. Diese Einführung einer Alterslimite für soziale Medien findet auch in Europa Anklang: Frankreich will sich für die Einführung eines entsprechenden Mindestalters in der EU einsetzen. Allerdings stellen sich dabei drei Fragen: Lässt sich das Vorhaben überhaupt umsetzen? Sind Alterslimiten und Verbote die richtige Herangehensweise? Was sollen wir tun? Industrie und Experten finden, es sei keine gute Idee. Es sei technisch kaum durchsetzbar, die Industrie solle sich selbst regulieren und überhaupt gelte es, die

Eigenverantwortung zu fördern. Wie schlecht das funktioniert, können wir an der stetig steigenden Zahl von stark übergewichtigen Menschen ablesen. Ich denke deshalb, dass ein Mindestalter für Social Media das Mindeste ist, was wir tun können. Es sollte der erste Schritt einer Befreiung aus der Umklammerung von Algorithmen sein.

Die australische Regierung macht ernst: Sie reagiert mit einer Alterslimite auf die grossen Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen von Social Media auf die psychische Gesundheit junger Menschen. Kommunikationsministerin Michelle Rowland sagte im australischen Senat, dass Social Media «ein Ort für Unterhaltung, Bildung

und die Verbindung mit der Welt und untereinander» sein könnte. Heute sei Social Media aber für zu viele junge Australier schlicht schädlich. Fast zwei Drittel der 14- bis 17-Jährigen in Australien seien «extrem schädlichen Inhalten» ausgesetzt. Dabei geht es einerseits um Probleme mit dem eigenen Körperbild angesichts der unrealistisch schönen Bilder auf Instagram und Facebook, andererseits um Mobbing, Missbrauch und Gewaltdarstellungen.

Michelle Rowland erklärte im Senat, die australische Regierung wolle mit dem Gesetz verhindern, dass unter 16-Jährige Konten bei den Diensten besitzen, sich in die Plattformen einloggen und die Angebote persönlich nutzen. Es sei weiterhin möglich, ohne Login YouTube-Videos anzusehen oder Facebook-Seiten, die für geschäftliche Zwecke genutzt werden, im abgemeldeten Zustand zu betrachten. Auch Messaging-Dienste wie Facebook Messenger oder WhatsApp seien nicht betroffen. Australien passt dafür den Online Safety Act an und führt die Kategorie der «altersbeschränkten Social-Media-Plattformen» ein. Konkret geht es dabei um TikTok, Facebook, Snapchat, Instagram und X sowie das Onlineforum Reddit.

Umsetzung unklar

Allerdings ist bis dato nicht ganz klar, wie Australien das Gesetz umsetzen will. Im Gesetz steht, dass Anbieter von «altersbeschränkten Social-Media-Plattformen» sich verpflichten müssen, angemessene Schritte zu unternehmen, um zu verhindern, dass nach Gesetz minderjährige Nutzer ein Konto auf der Plattform einrichten können. Sie müssen also Mechanismen einführen, die eine Alterskontrolle ermöglichen. Das Gesetz richtet sich nicht an Nutzerinnen und Nutzer, sie sollen auch nicht bestraft werden. Die Plattformen müssen den Zugang technisch regeln, sonst drohen ihnen Bussen von bis zu 50 Millionen australischen Dollar – das sind etwa 29 Millionen Schweizer Franken.

Die Crux dabei ist, dass eine Altersverifikation nicht möglich ist, ohne dass die Nutzerinnen und Nutzer zusätzliche persönliche Daten angeben. Davon werden nicht nur Minderjährige, sondern alle Nutzer von sozialen Medien betroffen sein. Dazu kommt, dass eine Altersverifikation kaum wirklich zuverlässig sein wird. Im Senat räumte die Kommunikationsministerin denn auch ein, dass es sicher Personen geben werde, die gegen die Regeln verstossen oder durch die Lücken schlüpfen werden. Die Australier vergleichen die neue Regel mit dem Umgang junger Menschen mit Alkohol oder Zigaretten. Sie hoffen darauf, dass das Gesetz «klare Parameter für die Gesellschaft» setze. Die australische Regierung setzt mit anderen Worten

nicht nur auf die juristische, sondern auch auf die moralische Wirkung des Gesetzes.

Auch Schweizer wünschen Mindestalter

Das Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche kommt auch in der Schweiz gut an. Laut einer repräsentativen Umfrage von Leewas im Auftrag von «20 Minuten» und Tamedia befürworteten 78 Prozent der Befragten in der Schweiz ein gesetzliches Mindestalter von 16 Jahren für Plattformen wie Tiktok, Facebook und Instagram befürworteten. Dabei fällt auf, dass die Zustimmung in allen Altersgruppen und im ganzen politischen Spektrum sehr hoch ausfällt. Von SP bis SVP seien über 72 Prozent der Befragten für ein Verbot, schreibt «20 Minuten». Am höchsten fällt die Zustimmung mit 84 Prozent bei Sympathisanten der Grünen aus, am niedrigsten bei FDP-Anhängern. Auch da ist die Zustimmung mit 72 Prozent aber extrem hoch. Unterschiede zwischen den Geschlechtern oder zwischen Stadt und Land sind nicht feststellbar.

Die Schweizerinnen und Schweizer sind nicht die einzigen, die ihre Kinder vor sozialen Medien schützen wollen. Frankreich will sich in der EU für ein Mindestalter von 15 Jahren für die Nutzung sozialer Medien stark machen. Im Januar übernimmt Polen die EU-Ratspräsidentschaft. Frankreich hat deshalb Polen dazu aufgefordert, in Sachen Alterslimite aktiv zu werden. Gegenüber «Politico» erklärte die französische Bildungsministerin Anne Genetet, die EU solle dem Beispiel Australiens folgen. Es handle sich um einen Notfall: «Es ist dringend notwendig, dass auch hierzulande etwas umgesetzt wird.»

Frankreich setzt sich für den Kinderschutz ein

Bildungsministerin Anne Genetet hat dabei nicht nur die sozialen Medien im Blick, sondern möchte generelle Alterslimiten für digitale Technologien einführen. Bis Kinder drei Jahre alt sind, sollten sie keinerlei Bildschirmen ausgesetzt werden. Im Alter von drei bis sechs Jahren soll die Nutzung von Bildschirmen nur unter elterlicher Aufsicht erfolgen. Kinder sollten vor dem Alter von elf Jahren keine Mobiltelefone nutzen und vor dem 15. Lebensjahr keine sozialen Medien konsumieren.

Frankreich hat bereits früher versucht, Beschränkungen für soziale Medien einzuführen. Thierry Breton, bis vor kurzem EU-Kommissar für den Binnenmarkt, hat Frankreich aber abgewiesen: Die französischen Regeln stünden im Widerspruch zu den Vorschriften der EU für die Inhaltsmoderation, dem Digital Services Act (DSA), und dem Binnenmarkt. Wie «Politico» schreibt, könnte sich das politische Klima in Europa nun aber geändert

haben: Frankreich ist nicht das einzige Land, das vorgeschlagen hat, ein Mindestalter für die Nutzung von sozialen Medien einzuführen. Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen forderte ebenfalls ein Mindestalter von 15 Jahren für die Nutzung sozialer Medien. Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, hat deshalb eine EU-weite Untersuchung über die Auswirkungen sozialer Medien auf die psychische Gesundheit junger Menschen angestossen.

Sind Verbote keine Lösung?

Experten und Medien reagieren skeptisch bis ablehnend. «Social-Media-Verbote für Kinder sind keine Lösung», kommentierten etwa die Tamedia-Zeitungen. Rafael Zeier schrieb, eine Alterslimite sei technisch kaum umsetzbar und auch nicht sinnvoll. Wir müssten uns stattdessen «alle an der Nase nehmen und einerseits Kinder besser rüsten für den Umgang mit der digitalen Welt und gleichzeitig ganz genau hinschauen, was Konzerne machen.» Die grosse Frage ist, was das heisst, dass wir uns «alle an der Nase nehmen» sollen, dass wir Kinder «besser rüsten» für den Umgang mit der digitalen Welt und gleichzeitig «ganz genau hinschauen, was Konzerne machen».

Schauen wir uns also diese drei Punkte genauer an. Was heisst es, dass wir uns «alle an der Nase nehmen» sollen? Es meint wohl, dass die Erwachsenen ihren eigenen Umgang mit sozialen Medien, dem Mobiltelefon und digitalen Angeboten hinterfragen sollen. Dass Erwachsene hinsichtlich Umgang mit neuen Medien ein Vorbild für Kinder und Jugendliche sein sollen. Ist das realistisch? Meine Antwort: Nein. Und zwar aus zwei Gründen. Zum einen sind genau diese Erwachsenen seit Jahren überfordert von der schnellen Entwicklung der digitalen Welt. Sie haben schlicht weniger Zeit und Ressourcen, neue Techniken auszuprobieren und oft auch nicht den Zugang zu neuen Trends. Vor allem aber: Vorbilder haben nur eine begrenzte Wirkung auf Jugendliche, weil die sich medial, kulturell, im sprachlichen Ausdruck und im Umgang miteinander von genau diesen Erwachsenen abgrenzen wollen. An der eigenen Nase nehmen wird deshalb kaum funktionieren.

Die Sache mit der Eigenverantwortung

Zweite Forderung: die Kinder «besser rüsten» für den Umgang mit der digitalen Welt. Das ist, mit Verlaub, etwas naiv. Wie sollen wir unsere Kinder «besser rüsten» für den Umgang mit ausgeklügelten Algorithmen, die gezielt das Belohnungssystem ansprechen? Wie sollen wir sie rüsten für den Umgang mit Falschnachrichten, wo doch

viele Erwachsene selber den Unterschied zwischen einer journalistischen Meldung und Propaganda nicht kennen? Wie sollen wir sie rüsten für den Umgang mit unrealistisch schönen Bildern, wo viele Erwachsene doch selber gefangen sind in den Schönheitsvorstellungen der Beauty-Industrie? Wie sollen wir sie rüsten für den Umgang mit Gewalt, Misogynie, Hass und Hetze, wo doch viele Erwachsene selber Politiker wählen, die so reden? Wäre es nicht besser, wir würden die Kinder schlicht schützen davor? Und warum nur haben wir nicht längst damit begonnen?

Das führt uns zum dritten Punkt: Wir sollen «ganz genau hinschauen, was Konzerne machen». Auch das könnten wir seit Jahren. Wir wissen längst, wie die Algorithmen der Social Media-Anbieter funktionieren. Dass sie uns so lange wie möglich «engagiert» halten wollen. Dass sie uns deshalb möglichst viel Aufmerksamkeit stellen. Dass sie Falschnachrichten belohnen, weil die mehr Aufmerksamkeit holen. Dass sie negative Gefühle fördern, weil die zu einem stärkeren Engagement führen. Wir wissen schon lange, was die Konzerne machen und lassen es dennoch zu. Weil es sich lohnt, weil die Konzerne mittlerweile zu gross sind, als dass sich ein einzelnes Land mit ihnen anlegen könnte. Und vielleicht auch, weil wir glauben, dass es uns nichts angeht. Eigenverantwortung ist das Credo: Jeder ist für sich selbst verantwortlich.

Keine Chance gegen die Konzerne

Wie gut diese Eigenverantwortung funktioniert, erleben wir seit Jahren in Sachen Ernährung. In den USA leidet mittlerweile fast die Hälfte der Bevölkerung unter Adipositas. Dabei geht es nicht um etwas Hüftgold und ein paar Fettpölsterchen. Es geht um gesundheitlich gefährliches Übergewicht bei einem BMI von über 30. Das entspricht bei einer Körpergrösse von 180 Zentimetern einem Körpergewicht von fast 100 Kilogramm – und bedeutet massiv erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Hirnschlag und Demenz. Das alles ist seit Jahren gut untersucht und bekannt. Hält es die Menschen davon ab, stark übergewichtig zu werden? Hält es sie ab, ihre Essgewohnheiten an ihre Kinder weiterzugeben?

Der einzelne, ach so eigenverantwortliche Mensch steht einer riesigen Nahrungsmittelindustrie gegenüber, die mit Food-Produkten sehr viel Geld verdient. Fachleute sagen, dass die Mehrheit der Food-Produkte, die in einem Supermarkt verkauft werden, die Bezeichnung «Lebensmittel» nicht verdienen, weil sie so ungesund sind. Es geht dabei vor allem um hochprozessierte Esswaren, aber auch um Frühstücksflocken und, besonders tragisch, um

Artikel, die sich gezielt an Kinder richten. Wenn es ums Essen geht, ist die Sache ja eigentlich einfach: Wir wissen seit Jahren, was gesund wäre und wir sehen die Folgen sofort im Spiegel. Trotzdem funktioniert das mit der Eigenverantwortung nicht – und trotzdem verkauft die Industrie Produkte, die alles andere als gesund sind. Wenn es da schon nicht funktioniert – wie soll Eigenverantwortung und die Selbstverantwortung der Konzerne denn bei Social Media funktionieren?

Mindestalter ist das Mindeste

Die australische Kommunikationsministerin Michelle Rowland sagte im Parlament, dass Social Media «ein Ort für Unterhaltung, Bildung und die Verbindung mit der Welt und untereinander» sein könnte. Stattdessen absorbieren sie unglaublich viel Aufmerksamkeit, fördern negative Gefühle, Falschnachrichten und Hass und schaden der Konzentration und den zwischenmenschlichen Kontakten. Australien hat auf dieses Problem mit einer Alterslimite reagiert, Europa könnte nachziehen. Gut möglich, dass eine Alterslimite nicht die beste Lösung ist.

Für mich stellen sich vier konkrete Fragen:

- 1) Sind Soziale Medien heute gut für unsere Kinder?
- 2) Können wir als Erwachsene etwas tun gegen die negativen Auswirkungen?
- 3) Ist die Eigenverantwortung von Kindern und Jugendlichen stärker als die Verführungsmacht der Konzerne?
- 4) Können wir auf die Konzerne vertrauen, dass sie ihre Angebote im Sinn unserer Kinder anpassen werden?

Wenn wir diese vier Fragen mit «nein» beantworten, dann ist das Mindestalter für Social Media das Mindeste was wir tun können. Es mag nicht die beste Lösung sein, aber es ist ein erster Schritt. Ja, wir müssen uns selbst an der Nase nehmen. Aber wir dürfen den Einzelnen nicht schutzlos diesen globalen Konzernen aussetzen.

Und unsere Kinder schon gar nicht.

Basel, 29. November 2024, Matthias Zehnder
mz@matthiaszehnder.ch

Quellen

- Butler, Josh (2024): Labor Has Passed Its Proposed Social Media Ban For Under-16s. Here's What We Know – And What We Don't. In: The Guardian. [<https://www.theguardian.com/australia-news/2024/nov/21/labor-social-media-ban-under-16s-details-what-is-covered-which-platform>; 29.11.2024].
- Greiter, Melissa; Lanz, Stefan und Pirskanen, Christina (2024): Schweizer wollen Social-Media-Verbot für Jugendliche. In: 20 Minuten. [<https://www.20min.ch/story/mindestalter-fuer-social-media-bevoelkerung-klar-dafuer-politik-uneins-103228380>; 29.11.2024].
- Haeck, Pieter (2024): France doubles down on age minimum of 15 for social media use. In: POLITICO. [<https://www.politico.eu/article/france-doubles-down-on-social-media-age-limit-at-15/>; 29.11.2024].
- Jose, Renju (2024): Australia launches 'landmark' bill to ban social media for children under 16. In: POLITICO, 21. 11. 2024. [<https://www.reuters.com/world/asia-pacific/australia-launches-landmark-bill-ban-social-media-children-under-16-2024-11-21/>; 29.11.2024].
- Reuters (2024): How Australia's tough social media ban compares to laws in other countries. In: The Guardian. [<https://www.theguardian.com/media/2024/nov/29/how-australias-tough-social-media-ban-compares-to-laws-in-other-countries>; 29.11.2024].
- Zeier, Rafael (2024): Social-Media-Verbote für Kinder sind keine Lösung. In: Basler Zeitung. [<https://www.bazonline.ch/social-media-verbot-fuer-kinder-das-ist-keine-loesung-213795270318>; 29.11.2024].

Unterstützen Sie den Wochenkommentar – ganz herzlichen Dank!

Hier können Sie mit allen digitalen Zahlungsmitteln spenden oder
sich bequem zu Hause einen Einzahlungsschein ausdrucken:

<https://www.matthiaszehnder.ch/unterstuetzen>

Einfach mit dem Handy diesen QR-Code scannen –
und schon können Sie den Wochenkommentar unterstützen.

